

Erst kommt das Fressen...

Der Bundesrat will die Regeln für Kriegsmaterialexporte lockern: Künftig soll es auch möglich sein, Waffen in Krisengebiete zu verkaufen. Er gewichtet Arbeitsplätze in der Schweizer Rüstungsindustrie und deren Gewinn höher als Menschenleben in Bürgerkriegsstaaten. Die Sicherheitskommission des Nationalrats hat dem Bundesrat diese Woche grünes Licht für die Pläne gegeben. Unseren Politikern ist das Fressen also weiterhin wichtiger als die Moral. Die Höhe ist, dass sie ihr Handeln mit der Sicherheit der Schweizer Bevölkerung begründen. Doch der Effekt dürfte das Gegenteil sein.

Wie ihr es immer dreht, und wie ihr's immer schiebt, Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral.¹

Es sind die wohl berühmtesten Zeilen aus der «Dreigroschenoper» von Bertolt Brecht. Und sie sind immer noch wahr, das haben diese Woche der Bundesrat und die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates erneut bewiesen: Den Schweizer Politikern kommt es nicht auf das Gute an, sondern auf die Güter. Aber der Reihe nach.

Schweizer Rüstungsbetriebe dürfen heute keine Waffen in Länder exportieren, die Krieg führen. Die Kriegsmaterialverordnung untersagt die Ausfuhr von Rüstungsgütern, wenn das Bestimmungsland in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt ist, Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzt oder ein hohes Risiko besteht, dass das auszuführende Kriegsmaterial gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt oder an einen unerwünschten Endempfänger weitergegeben wird. So geregelt ist das im Artikel 5, Absatz 2 der Verordnung über das Kriegsmaterial.²

Keinen Kuchen für Diabetiker

Das bedeutet, dass Schweizer Rüstungsbetriebe wie die Ruag zum Beispiel keine Rüstungsgüter an Länder verkaufen dürfen, die sich in einem Bürgerkrieg befinden. Das klingt vernünftig. Doch der Rüstungsindustrie entgehen deshalb Geschäfte. Sie ist deshalb schon im Frühling an den Bundesrat gelangt und hat eine Lockerung dieser Regeln verlangt. Der Bundesrat hat nachgegeben und bereits im Juni Johann Schneider-Ammanns Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung beauftragt, einen entsprechenden Antrag für eine Anpassung der

Kriegsmaterialverordnung vorzulegen.³ Diese Woche hat ihn die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates (SiK-N) darin unterstützt.⁴

Bundesrat und Nationalrat möchten künftig Waffen auch in Krisengebiete verkaufen können. Der Bundesrat schreibt zwar, die *Lieferung von Kriegsmaterial an Endbestimmungsländer, welche in einen internen bewaffneten Konflikt verwickelt sind*, soll weiterhin *grundsätzlich abgelehnt* werden. Der springende Punkt ist dabei aber das Wort «grundsätzlich». Denn das eröffnet die Möglichkeit, eine Ausnahme zu machen. So schreibt der Bundesrat: *Im Einzelfall soll neu eine Ausfuhrbewilligung erteilt werden können, wenn kein Grund zur Annahme besteht, dass das auszuführende Kriegsmaterial im internen bewaffneten Konflikt eingesetzt wird.* Das, mit Verlaub, ist ein Witz. Das ist etwa so, wie wenn es einem Restaurant nur dann erlaubt wäre, Gästen mit Diabetes einen Kuchen zu servieren, wenn man davon ausgehen kann, dass der Gast den Kuchen nicht isst.

Im Namen der Sicherheit

Interessant ist die Begründung für die Lockerung der Bestimmungen. Die Sicherheitspolitische Kommission des

Nationalrats schreibt, die wirtschaftliche Situation in der Rüstungsbranche sei angespannt und die Exporte ins Ausland rückläufig, deshalb seien *Know-How und Arbeitsplätze gefährdet*.⁵ Es geht mit anderen Worten ums Geschäft. Das wird aber mit sicherheitspolitischen Argumenten verbrämt. So schreibt die Kommission, die schweizerische Armee sei *auf das entsprechende Fachwissen sowie eine funktionstüchtige Technologie- und Industriebasis angewiesen*, deshalb sei die Anpassung der Bewilligungskriterien für den Waffenexport *auch für die Sicherheit der Schweizer Bürgerinnen und Bürger massgeblich*.

Moment. Die Sicherheit der Schweizer Bürgerinnen und Bürger soll davon abhängen, dass die Schweiz über eine Rüstungsindustrie verfügt? Das, mit Verlaub, ist an den Haaren herbeigezogen. Die Schweiz kann ihren Luftraum auch sichern, ohne dass sie selbst eine Luftwaffe baut. Sie kann sich Know-How in der Abwehr von A/C-Waffen aufbauen, ohne selbst entsprechende Waffen zu entwickeln. Vielleicht geht das sogar besser, wenn man dabei keine Rücksicht auf eine einheimische Industrie nehmen muss.

Totschlagargument Arbeitsplätze

Halt, sagen Sie jetzt vielleicht, dem Bundesrat und der nationalrätlichen Kommission geht es auch um Arbeitsplätze. Da sind Menschen betroffen. In der Tat. Aber können Arbeitsplätze wirklich alles rechtfertigen? Interessant ist nämlich, dass weder Bundesrat noch Parlament sagen, um wie viele Arbeitsplätze es eigentlich geht. So riesig ist die Schweizer Rüstungsindustrie nämlich nicht: Laut einer Studie von Bak-Basel hat die Schweizer Rüstungswirtschaft 2007 insgesamt 3335 Erwerbstätige beschäftigt.⁶ Der grösste Teil der Mitarbeiter dürfte bei der Ruag beschäftigt sein. Die Ruag Holding fasst die ehemaligen Rüstungsbetriebe des Bundes in einer Aktiengesellschaft zusammen. Die Aktien gehören zu 100 Prozent der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Wenn der Bund also der Rüstungsindustrie mehr Kriegsmaterialexporte ermöglicht, arbeitet er letztlich in die eigene Tasche.

Dass die Politiker Arbeitsplätze als Argument ins Feld führen, ist aber kein Zufall: Das Arbeitsplatzargument ist ein politisches Totschlag-Argument, das immer zieht. Mit dem Arbeitsplatz-Argument schützen und fördern Politiker zum Beispiel den Anbau von Tabak und Zucker in der Schweiz, obwohl jedem klar ist, dass Tabak und Zucker der Gesundheit schaden. Die Schweizer Landwirtschaft erhält sogar

Direktzahlungen für den Anbau von Tabak und Zucker. Alles im Namen der Erhaltung von Arbeitsplätzen.⁷ Da ist es kein Wunder, dass die Politik auch die 3335 Erwerbstätigen in der Rüstungsindustrie schützen will. Wenn das Menschenleben in Bürgerkriegsländern kostet, ist das nicht so schlimm, die können schliesslich in der Schweiz weder wählen noch abstimmen.

Weniger Rüstungsindustrie, mehr IKRK

Spätestens hier müssen wir das Sicherheitsargument wieder ins Spiel bringen. Ist die *Sicherheit der Schweizer Bürgerinnen und Bürger*, die Bundesrat und Nationalrat so am Herzen liegt, wirklich grösser, wenn ihr Land Waffen in Krisengebiete liefert? Wäre es um die Sicherheit nicht besser bestellt, wenn sich die Schweiz etwas weniger an Ex-Industrie-Boss Schneider-Amann und etwas mehr an Henri Dunant orientieren würde, dem Schweizer Gründer des Roten Kreuzes? Zu den Aufgaben des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) gehört die Pflege und Versorgung von Verwundeten, Schutz und Versorgung der Zivilbevölkerung – und die Vermittlung zwischen Konfliktparteien.⁸ Ich bin sicher: Es wäre um die zitierte *Sicherheit der Schweizer Bürgerinnen und Bürger* besser bestellt, wenn Bundesrat und Parlament sich weniger für den Export von Waffen und mehr für die

Vermittlung zwischen Konfliktparteien einsetzen würde.

Aber wie schreibt Bertolt Brecht in der «Dreigroschenoper»:

Denn wovon lebt der Mensch? Indem er stündlich

Den Menschen peinigt, auszieht, anfällt, abwürgt und frisst,

Nur dadurch lebt der Mensch, daß er so gründlich

Vergessen kann, daß er ein Mensch doch ist.

Basel, 24. August 2018, Matthias Zehnder mz@matthiaszehnder.ch

Quellen:

- 1 Bertolt Brecht: Die Dreigroschenoper. Zweiter Akt, sechstes Bild. [https://amzn.to/2Pzzlccg](https://amzn.to/2Pzzlcc)
- 2 Vgl. Verordnung über das Kriegsmaterial (Kriegsmaterialverordnung KMV): <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19980112/index.html#a5>
- 3 Vgl. <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-71161.html>
- 4 Vgl. <https://www.parlament.ch/press-releases/Pages/mm-sik-n-2018-08-20.aspx>
- 5 Vgl. <https://www.parlament.ch/press-releases/Pages/mm-sik-n-2018-08-20.aspx>
- 6 Vgl. <http://www.news-service.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/12839.pdf>
- 7 Vgl. Wochenkommentar vom 16. März 2018: <https://www.matthiaszehnder.ch/wochenkommentar/achtung-der-erhalt-von-arbeitsplaetzen-kann-ihrer-gesundheit-schaden/>
- 8 Vgl. <https://www.redcross.ch/de/internationale-rotkreuz-und-rothalbmond-bewegung/das-internationale-komitee-vom-roten-kreuz>